W. Jahrgang. Nr. 496 Donnerstag, 20. Oktober 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Nachtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprech-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 850 Pfg. ohne Ortsnachlaß u. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn gesichert

Für 280 Millionen Mark Aufträge

Berlin, 19. Oktober. Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 280 Millionen Reichsmark beendigt. Dieses Programm beruht darauf, daß der Reichsbahn rund 180 Millionen Reichsmark Steuergutscheine aus der Beförderungssteuer zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Millionen Reichsmark ihr eigener Kredit angespannt werden soll. Bei der Finanzierung ist man davon ausgegangen, daß die Steuergutscheine nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint aus marktpolitischen Gründen erwünscht. Vor allem wird aber dadurch gewährleistet, daß die volle Summe auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann.

Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuergutscheine wird überbrückt werden mit Hilfe der am 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahnbeschaffungs-G. m. b. H. (RBG.) Diese wurde von der Deutschen Verkehrskreditbank mit einem Kapital von 10 Millionen Reichsmark gegründet, auf das sofort 25 Prozent eingezahlt wurden. Bei Fälligkeit von Zahlungen werden die Lieferer und Unternehmer Wechsel auf die RBG. ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Verkehrskreditbank sofort diskontiert werden, so daß dem Unternehmer oder Lieferer alsbald der Rechnungsbetrag ausgezahlt wird. Der Wechselaussteller muß sich verpflichten, auf Anfordern der RBG. jeweils die ausgestellten Wechsel zu prolongieren, bis die Steuergutscheine flüssig gemacht werden können. Die Verkehrskreditbank verwertet die eingehenden Wechsel nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten, gegebenenfalls durch

Diskontierung bei der Reichsbank,

die sich zur Hereinnahme dieser Wechsel bereiterklärt hat. Außerdem kommt für die Geldbeschaffung die Lombardierung von Steuergutscheinen in Betracht. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn bis zum Betrage von 180 Millionen Reichsmark ist die Oeffentlichkeit bereits unterrichtet.

Der darüber hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau der aus früheren und noch laufenden Bestellungen herrührenden Oberbau- und sonstigen Stoffe bestimmt, auch sollen neben einigen zusätzlichen Beschaffungen weitere Aufwendungen für die dringend notwendigen kleineren Arbeiten der Unterhaltung und Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen sowie gewisse Ausführungen für Neubaurechnung damit gedeckt werden. Mit den Einzelheiten wird sich der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft gelegentlich seiner Novembertagung zu beschäftigen haben.

„Beginnende Genesung der Wirtschaft"

Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers über die Ergänzung der Sozialleistungen

Berlin, 19. Okt. Reichsarbeitsminister Dr. Schaeffer sprach heute abend über alle deutschen Sender über die neue Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen, mit der, wie der Minister betonte, die Reichsregierung ein Versprechen einlöst, das sie schon vor Monaten gegeben hat, dem aber stellenweise Mißtrauen entgegentrat. Der Inhalt der Verordnung wird bei dem einen, der nur wirtschaftlich denkt, etwas gewagt und bei dem anderen, der nur sozial denkt, nicht bedeutend genug erscheinen. Die Verordnung denkt

wirtschaftlich und sozial zugleich.

Die Arbeitslosenziffer ist die schmerzlichste aller Zahlen. Sie liegt auch jetzt noch über dem Stand vom Oktober 1931. Für die Beurteilung der Gegenwart und für die Vorhersage der nächsten Zukunft kommt es aber weniger auf den Abstand zwischen der Zahlenreihe von heute und der des Jahres 1931 an, bezeichnend ist vielmehr die Richtung, nach der sich die beiden Zahlenreihen bewegen. — Wenn auch für die erste Oktoberhälfte dieses Jahres abschließende Zahlen noch nicht bekannt sind: Die vorläufigen Meldungen sprechen, wie es scheint, gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer in diesem Zeitabschnitt. Anders das Bild aus der ersten Oktoberhälfte 1931: Damals ist die Arbeitslosenziffer um 130 000 in die Höhe gegangen. — Die Tendenz ist unverkennbar: Die zwei Zahlenreihen der Arbeitslosen in den Jahren 1931 und 1932 nähern sich einander; ihre Entfernung wird immer geringer, sie suchen den gemeinsamen Schnittpunkt.

Für die beginnende Genesung der Wirtschaft gibt es noch ein anderes Anzeichen, nämlich das Ansteigen der Beschäftigungsziffer.

Auch die Statistik, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für seine Mitglieder führt, beweist, daß die Zahl der Beschäftigten im September zugenommen hat, und zwar in einem Ausmaße, das einen allgemeinen Schluß zuläßt. — Die gegenwärtige Reichsregierung hat ebenso wie die frühere nur deshalb einen Teil der Leistungen preisgegeben, weil ihr das Ganze gefährdet erschien.

In dem Maß, wie die Gefahr schwindet, können und müssen die Leistungen wieder auf einen angemessenen Stand gebracht werden.

Darin liegt der Grund und der Zweck der Verordnung. — Der Minister erläuterte dann eingehend die einzelnen Bestimmungen der neuen Verordnung und fuhr dann fort: „Die Reichsregierung wird alles daransetzen, durch Vergebung von öffentlichen Arbeiten, vor allem aber durch einen Auftrieb der freien Wirtschaft, aus Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen. Sie läßt sich von diesem Ziel nicht abbringen — nicht durch einseitige Kritiker und falsche Propheten, noch weniger durch den Geist der Verneinung und Zersetzung. Mit Genugtuung stelle ich gern fest, daß mit der Krisenwende sich immer mehr auch ein Wandel in der Geisteshaltung verbindet.

Glückt der Wirtschaftsplan der Reichsregierung, dann ist mit dem weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit und mit dem weiteren Aufbau der Wirtschaft zu rechnen.

Damit allein kann aber noch nicht die Massenarmut überwunden werden, unter der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Strapazen eines Winterfeldzuges ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern. Dem Winter der Not wird der Winter der Hilfe gegenübertreten müssen. Der Herr Reichspräsident und der Herr Reichskanzler haben den Aufruf der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege durch ein bedeutendes Begleitwort unterstützt. Zu allen Zeiten hat die tätige Liebe ungeahnte Kräfte geweckt und ungeahnte Erfolge gezeitigt. Darum helfe, wer nur helfen kann!"

Parlament und Verfassungsreform

Der Sächsische Landtag hat gestern als erstes Parlament die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit dem aktuellsten Thema der deutschen Innenpolitik, nämlich den Plänen der Reichsregierung zur Reichs- und Verfassungsreform, zu beschäftigen. Wenn dabei auch viel leeres Stroh gedroschen wurde und nicht mehr herauskam als ein rein negativer Beschluß, der die sächsische Regierung auf Ablehnung aller „verfassungswidrigen" Absichten des Reichskabinetts festlegen soll, so ist doch auch dieses Ergebnis symptomatisch für die weitere parlamentarische Behandlung dieser Fragen nach dem 6. November, wenn sich der neue Reichstag als die zuständige Instanz damit zu befassen haben wird. Eine Beobachtung drängt sich vor allem auf: daß die Parteien, auf deren Selbstbescheidung die Verfassungsreform nach den Papenschen Richtlinien hinarbeitet, gar nicht so sehr an ihrem Inhalt interessiert sind, und darüber vielleicht sogar weitgehend mit sich reden ließen, sondern daß ihnen vor allem die Art, wie die neue Verfassung eingeführt werden soll, am Herzen liegt. Ob der Weg über die Zweidrittelmehrheit geht, den die Weimarer Verfassung für ihre Aenderung vorschreibt, oder ob irgendeine Art der autoritären Verordnung mit nachträglicher Legitimierung — zu deutsch gesagt: des Staatsstreiches in Erwägung gezogen wird. Gegen solche Absichten, die man der Reichsregierung von seiten der Linken, aber auch bei den Nationalsozialisten auf Grund ihres Verhaltens gegenüber dem aufgelösten Reichstag und seinen Ausschüssen ohne weiteres unterstellt, richtet sich der Widerstand der Volksvertretung. Als Grund für dieses Verhalten kann man zum Teil die Spekulation annehmen, daß der legale Weg zur Verfassungsreform mangels der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit eben nicht zum Ziele führt, und daß eben so lange alles beim alten bleibt, als sich die Präsidialregierung streng an jeden Buchstaben und Paragraphen der geltenden Verfassung hält. Dazwischendurch macht sich aber auch echte Besorgnis geltend, daß eine Ueberspannung des autoritären Regierungsprinzips in eine Klassenherrschaft von oben ausarten und damit ebenso wie die Weimarer Verfassung, nur im ungekehrten Sinn, zu einem Herd dauernder Unruhe werden könnte.

Wenn das Ergebnis der Aussprache im Sächsischen Landtag nach der materiellen Seite hin als äußerst dürftig bezeichnet wird, so muß man den Rednern allerdings zugute halten, daß sie keine feste Grundlage für ihre Stellungnahme hatten, sondern mit leeren Hypothesen theoretisieren mußten, weil über die Münchener Andeutungen des Reichskanzlers hinaus, die ebenfalls nur einige grundsätzliche Richtlinien zur Verfassungsreform aufstellten, keine zuverlässigen Angaben über die wirklichen Absichten der Reichsregierung vorliegen. Aus diesem Grunde war die ganze Landtagsdebatte verfrüht. Sie diente lediglich dem von den sozialdemokratischen Antragstellern verfolgten Zweck, ihre auf Verteidigung der demokratischen und republikanischen Einrichtungen zugespitzten Wahlparolen mit agitatorischen Reden zu unterbauen. Das war auch der kurze Sinn der vom Ministerpräsidenten Schieck vorgetragenen Regierungserklärung. Sie wurde von den Sozialdemokraten als mager bezeichnet, weil sich die sächsische Regierung gegenüber den „Staatsstreichgelüsten" Papens auf den Standpunkt stelle: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Eine solche Antwort fordert man aber heraus, wenn man die verantwortliche Landesregierung zur Stellungnahme über schwerwiegende Probleme des Staatslebens zwingt, über deren Gestaltung nicht viel mehr als Vermutungen und Kombinationen in der Presse vorliegen. Allerdings, ein bemerkenswerter Unterton war trotz aller Zurückhaltung in der Regierungserklärung zu hören, daß sie nämlich nicht nur die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung anerkennt, sondern auch die Notwendigkeit der Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zu diesem Reformwerk, wenn es Anspruch auf Festigkeit und Dauerhaftigkeit erheben will. Aus diesen Worten spricht die weise Erkenntnis, daß man bei der weiteren Behandlung des Problems zwar nicht über juristische Zwirnsfäden zu stolpern braucht, daß man die Hindernisse aber auch nicht mit einem kühnen Sprung über das geltende Staatsgrundgesetz hinweg nehmen kann. Es wäre zuviel gesagt, wenn man aus dieser

Heute:

Literarische Umschau

Seite 9

Abbau im österreichischen Bildungswesen

Schließung der evangelischen Fakultät in Wien

Wien, 19. Okt. Der Haushaltplan für 1933 sieht trotz der nachdrücklichsten Einwände des Unterrichtsministers außerordentlich einschneidende Sparmaßnahmen im Bildungswesen vor. Außer dem Abbau von etwa 150 Mittelschulen und Entlassungen zahlreicher Lehrkräfte soll vom Finanzminister die Aufhebung der medizinischen Fakultät in Innsbruck, der philosophischen in Graz und der evangelisch-theologischen in Wien vorgeschlagen worden sein.

Die gesamte Presse nimmt gegen diese Pläne in schärfster Weise Stellung und bezeichnet sie als eine Versündigung an der kulturellen Vergangenheit Oesterreichs und als schwere Gefahr für seine kulturelle Zukunft.

Die höchste Erregung herrscht aber in evangelischen Kreisen darüber, daß, wie zuverlässig verlautet, über die Aufhebung der evangelisch-theologischen Fakultät an der Universität Wien bereits Beschluß gefaßt worden sei.

Der Dekan dieser Fakultät hat der Regierung eine Denkschrift übersandt, in der darauf hingewiesen wird, daß die Wiener evangelisch-theologische Fakultät die einzige deutsche evangelisch-theologische Bildungsstätte für das gesamte Deutschtum in Südost- und Osteuropa ist. Weite Kreise des In- und Auslandes würden die Auflösung als eine Verletzung der den evangelischen Glaubensgenossen im Protestantenpatent vom Jahre 1861 zugesagten Gleichberechtigung empfinden. In Anbetracht der Führung, welche maßgebende protestantische Kreise in der Weltwirtschaft inne haben, könnte die Schließung der Wiener evangelisch-theologischen Fakultät sogar recht unerfreuliche Rückwirkungen haben.

Wiedereröffnung der Wiener Hochschulen

Wien, 19. Oktober. Nach neuerlicher Rücksprache mit den Vertretern der deutschen Studentenschaft hat der Rektor der Universität verfügt, daß die Universität ab Donnerstag wieder allgemein geöffnet wird. Auch die anderen Wiener Hochschulen werden morgen geöffnet werden.